# Zur Delegiertenversammlung in Zug

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **35 (1979)**

Heft 5-7

PDF erstellt am: **04.06.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

zuzuziehen, denn sie glauben, dass absolute Parteidisziplin doch nicht honoriert würde. Denn es sind ja vielfach die eigenen Parteikollegen, die die Frauen streichen.

Die Überlegungen des anderen Lagers sind nicht minder konsequent und fundiert. Hier wird die Meinung vertreten, die Zugehörigkeit zu einer Partei bedeute gleichzeitig eine Gesinnungsverwandschaft, über die man sich nicht einfach hinwegsetzen könne. Dies bedeutet, dass in der politischen Arbeit auf jeder Ebene die Parteilinie gewahrt werden muss. Auch die Parlamentarierinnen, die die Parteidisziplin vertreten, glauben für die Frauen etwas erreichen zu können. Sie sind überzeugt, dass sie in den Diskussionen aus dem Erfahrungsbereich der Frauen zusätzliche Aspekte einbringen können, die von den Parteikollegen anerkannt werden. Auch sie möchten die Zahl der Frauen in den Parlamenten wachsen sehen und wollen mithelfen, dieses Ziel zu erreichen. Sie sind aber nicht bereit, dies über die ideologischen Grenzen hinweg zu tun.

Feminismus oder Parteitreue? Dies ist also die Frage, die die politisch aktiven Frauen beherrscht. Was aber ist mit den unzähligen Frauen, für die keine Parteien, sondern nur die zu wählenden Persönlichkeiten zählen?

Die Antwort darauf wird jede Gruppe für sich selbst finden müssen. Zu wünschen wäre allerdings, dass die Entscheide nicht leichtfertig fallen und dass eine eindeutige Haltung eingenommen wird. Denn nichts könnte mehr Schaden anrichten als ein Lavieren zwischen zwei Standpunkten, die beide etwas für sich haben, für die es aber keine Gemeinsamkeit gibt.

*Alice Moneda*

## Zur Delegiertenversammlung in Zug

Am 19./20. Mai fand in Zug die Delegiertenversammlung des Schweiz. Verbandes für Frauenrechte statt. Nachfolgend der Bericht, den Elisabeth Gross im Berner «Bund» veröffentlichte.

«Die noch bestehenden Benachteiligungen der Frauen können nur durch die Veränderung des heutigen Gesellschaftssystems aufgehoben werden. Zu dieser Ansicht gelangten zwei Teilnehmerinnen einer Gesprächsrunde an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte in Zug. Eine Besserstellung der Frau in unserem Land sei wohl mit einem Mehraufwand verbunden, beispielsweise für die Forderungen gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Mutterschaftsversicherung. Er sei jedoch gerechtfertigt, denn die Frauen zahlten ebenfalls an die Militärausgaben.

Die Diskussion zum Thema ‚Die Frau im Spannungsfeld von Feminismus und Parteien' zwischen Doris Cohen-Dumani, Lausanne, Verena Grendelmeier, Zürich, Dr. iur. Lili Nabholz, Zürich, Dr. Margrit Spillmann, Zug, und Nationalrätin Lilian Uchtenhagen, Zürich — Leitung Olivia Egli-Delafontaine, Zürich — zeigten eindeutig auf, dass die Meinungen über die Verwirklichung der Frauenanliegen verschiedenartig sind.

Drei Gesprächsteilnehmerinnen plädierten für eine Politik der kleinen Schritte. Sie befürchten, dass zu radikale Forderungen, so u. a. der Elternurlaub in der Mutterschafts-Initiative, sich ungünstig für die Sache der Frauen auswirken könne und sogar Rückschritte mit sich bringe. Sie stiessen mit ihrer Stellungnahme bei den

beiden andern Politikerinnen auf Widerstand. Ihrer Ansicht nach kommen Feministinnen in der Schweiz nur dann zum Ziel, wenn sie harte Forderungen stellen, denn unser Land sei gegenüber anderen Staaten, vor allem im Bereich der sozialen Besserstellung der Frau, arg im Rückstand.

In der Frage der heutigen Stellung der Frau in den politischen Parteien waren die fünf Teilnehmerinnen gleicher Meinung. Leider bilden Frauen in den Parteien immer noch eine verschwindende Minderheit. Ihr Anteil liegt nur zwischen achtzehn und siebenundzwanzig Prozent (Marxistische Liga). Deshalb sei es unerlässlich, dass sich die Frauen über die Parteien hinaus solidarisch zusammenschliessen, wenn es um feministische Probleme gehe. Es sei nach wie vor äusserst schwierig, Forderungen der Frauen durchzusetzen. Frauengruppen innerhalb der Parteien müssen weiter bestehen. Mit der gegenwärtigen Tendenz der Integration bestehe die Gefahr des Wiedereinstufens in die traditionellen Rollenclichés.»

*Elisabeth Gross*

## Wer will in die juristische Kommission?

Gemäss Beschluss der DV von Zug sollen die Sektionen eigene juristische Kommissionen bilden, die bei Vernehmlassungen von der Zentralpräsidentin aufgefordert werden können, sich innert nützlicher Frist zum jeweiligen Thema zu äussern.

Unsere Vorstandsjuristinnen Barbara Weber und Silvia Aeschbach haben sich als «Stammkommission» zur Verfügung gestellt. Gesucht werden nun aber Mitglieder mit gesundem Menschenverstand (auch ohne juristisches Studium!), die von Fall zu Fall in der erweiterten Kommission mitmachen würden. Wer sich dafür interessiert, möge sich mit unserer Präsidentin in Verbindung setzen. (Claudia Depuoz-Mantovani, Goldauerstrasse 58, 8006 Zürich, Telefon Privat 60 38 05, Büro 201 48 55.)

## Die Alibifrau

*Die folgenden Ausführungen stammen von SVP-Nationalrat Dr. Fritz Hofmann, Burgdorf. Wem spricht er aus der Seele, wen reizt er zu Widerspruch? Ist es tatsächlich eine Utopie anzunehmen, die Frauen könnten eines (fernen) Tages doch prozentual angemessen politisch vertreten sein? (Die Zitate in den beiden Kästchen stammen aus einem andern Artikel des gleichen Autors.)*

Nach dem Islam ist die Frau das Feld, das der Mann nach seinem Belieben bestellen kann. In einigen, vorwiegend konservativen Ländern, in denen andere Religionen herrschen, ist die Frau das Wesen auf dem Piedestal, die Mystifizierte. Nur unsere als materialistisch geltende Gesellschaft beginnt, die Frau als Partnerin, als die andere Hälfte, gleichberechtigt anzuerkennen. Der tiefgreifende Wandel, der damit verbunden ist, beweist mindestens eines mit Sicherheit: Vitalität! Nur was sich bewegt und verändert, ist auch lebendig.

Die Anerkennung der Frau als Partnerin hat einen neuen Frauentyp kreiert, die sogenannte Alibifrau. Es ist die Frau, die stellvertretend — beispielsweise in der Schweiz für 54,3 Prozent der Wählerschaft — in kommunalen, kantonalen und eidge-